Mitteilung der Studierendenschaft der Universität Freiburg (AGEF) zur Botschaft des Bundesrates zur Totalrevision des Ausbildungsbeitragsgesetzes.

In seiner Botschaft zur «Stipendieninitiative» und zum indirekten Gegenvorschlag (Totalrevision des Ausbildungsbeitragsgesetzes) vom 27.6. betont der Bundesrat die Notwendigkeit einer Verbesserung des Stipendienwesens, verweist in seinem indirekten Gegenvorschlag jedoch hauptsächlich auf das EDK-Stipendien-Konkordat.

Die AGEF begrüsst, dass der Bundesrat das Stipendiensystem verbessern will. Allerdings ist der Gegenvorschlag des Bundesrates nur eine zaghafte Antwort auf die bestehenden Probleme. Er zeigt in keinster Weise den Willen auf, in Stipendien zu investieren und damit die Chancengleichheit im tertiären Bildungsbereich zu gewährleisten.

Der Verweis auf das Stipendien-Konkordat, das nur eine formelle Harmonisierung vorsieht, reicht nicht aus, um die Situation der Studierenden wirklich zu verbessern. Dafür braucht es eine Regelung auf Bundesebene sowie eine materielle Harmonisierung des Stipendienwesens, wie es von den Studierenden verlangt wird und wie die Stipendieninitiative vorsieht.

Darum möchte die AGEF ihre Unterstützung der Eidgenössischen Volksinitiative „Stipendieninitiative“, die am 20. Januar 2012 durch den Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) eingereicht wurde, wiederholt zum Ausdruck bringen. Diese Initiative erlaubt es, den nötigen Schritt zu machen und in Richtung einer signifikanten Verbesserung unseres Stipendiensystems zu gehen.

Freiburg, den 28. Juni 2013

Kontaktperson:
Ruth Langner, Vorstandsmitglied der AGEF, Ressort Nationale Politik
Kontaktdaten: ruth.langner@unifr.ch, 079 897 61 81